

Inserate
werden angenommen
in den Expeditionen
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Dr. Ad. Schlegel, Hoflieferant,
Dr. G. Richter, u. Breiterstr. 1, Ed.
Otto Nisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
F. v. O. Eisner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Expeditionen der Provinz
bei unseren Agenturen, ferner
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Hanssen & Vogler & Co.,
G. F. Daut & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inserat-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 101.

Nr. 313

Montag, 6. Mai.

1895

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung vom 4. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus ist spärlich besetzt.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des
Binnen-Schiffahrtsgesetzes.
In der Generaldiskussion bemerkt
Abg. Dr. Meyer-Halle (Freil. Vg.), die Gesetze über die
Binnen-Schiffahrt und Flößerei seien von Klarheit schaffendem
Werth; einige Mängel seien nicht so einschneidend, um das Ge-
sammtgesetz abzulehnen. Dem könnten sich auch die Vertreter der
Arbeiterpartei anschließen. Redner bemängelt eine ihm zugekom-
mene Petition des Rhein-Westfäl. Lloyd, welche mit Unrecht eine
gesetzliche Regelung des Frachtrechts zu Gunsten der Versiche-
rungs-Gesellschaften fordere.

Abg. Camp (Rpt.) führt aus, Abg. Zimmermann habe ge-
legentlich der ersten Lesung ehrenwürdige Auslagen über die be-
kannte Kohlenfirma Gölar Wellheim gemacht, die sich längst als
unwahr herausgestellt hätten. Da Herr Zimmermann, trotzdem
dieser brieflich durch die Firma eines Befehrs belehrt worden sei,
nicht zurückgenommen habe, halte er, Redner, es für seine Pflicht,
die Firma, mit deren Chef er befreundet sei, hier öffentlich in
Schutz zu nehmen.

Abg. Gerisch (Soz.) widerspricht dem Gesetze in vorliegender
Form.

In der Spezialdiskussion begründet
Abg. Stephan-Weithen (Ctr.) zu § 4 (Sicherstellung der Schiffs-
eigenen) einen von ihm eingebrachten Antrag, aus Punkt 3 die
Bestimmung zu streichen, daß der Schiffseigner ausschließlich
mit Schiff und Fracht für den durch fehlerhafte Führung entstan-
denen Schaden haften soll (statt persönlicher Haftung).

Staatssekretär Nierberding bittet um Annahme des Antrages
Stephan.

Abg. Bladt (nl.) befürwortet die Kommissionsfassung (b. h.
Beibehaltung der von Bladt beanstandeten Bestimmung), die schon
das Ergebnis eines Kompromisses sei.

Abg. Penzmann (Freil. Vg.) befürwortet den Antrag Stephan;
die Kommissionsfassung sei eine flagrante Verletzung eines allgemein
geltenden Rechtsgrundsatzes.

Abg. Meißner (Soz.) führt sich für die Kommissionsfassung
aus; die Annahme des Antrages Stephan bedeute den Ruin der
Klein-Schiffahrt.

Abg. Dr. v. Langen (dt.) wünscht Kommissionsfassung.
Darauf wird § 4 in der Kommissionsfassung an-
genommen. (Für den Antrag Stephan stimmt geschlossen die
Freil. Volkspartei.)

Abg. Schall (dt.) ist prinzipiell mit dem Antrage einver-
standen und hofft, die Bestimmung des § 23, wonach das Schiffs-
personal nicht ohne Erlaubnis des Führers das Schiff ver-
lassen darf, werde nicht dahin ausgelegt werden, daß das Schiffs-
personal Sonntags am Besuche des Gottesdienstes verhindert
würde.

Abg. Dr. Meyer-Halle (Freil. Vg.) steht dem Antrag gleichfalls
sympathisch gegenüber; praktisch sei aber der Antrag vorläufig nicht
zu verwirklichen.

Zu § 53 begründet
Abg. Wassermann (nl.) einen von ihm eingebrachten Zusatz-
antrag: Der Schiffsführer ist nicht berechtigt, das Beleggeld von
mehreren Empfängern an demselben Tage gleichzeitig mehrfach zu
fordern.

Der Paragraph wird mit diesem Zusatz angenommen.
§ 60 bestimmt, daß für ein Wintermahl oder Gewicht bei losen
Gütern und Sackgetreide, welches ein Halb vom Hundert nicht
übersteigt, der Frachtführer nur bei nachweisbarem Schaden ver-
antwortlich ist.

Abg. Camp (Rpt.) beantragt, dem Bundesrath bezw. den
Centralbehörden der Einzelstaaten die Befugnis zu geben, im Ein-
falle diese Anordnung zu treffen, sie also nicht durchaus und obli-
gatorisch einzuführen.

§ 60 wird unter Bewilligung des Antrages
Camp angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, bezgl. das
Gesetz im Ganzen (gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten.)

Das Flößereigesetz wird in der Fassung der zweiten Lesung
en bloc angenommen.

Es folgen Petitionen:

Die Petition wegen Reform der Zucksteuer wird
dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Ueber die Petition, betr. Abänderung des Viehsteu-
ergesetzes wird zur Tagesordnung übergegangen, des-
gleichen über die Petition wegen Abänderung des Invaliden-
tätigkeits- und Altersversicherungsgesetzes.

Dem Reichskanzler als Material über-
wiesen werden ferner die Petitionen betr. Abänderung des Un-
fallversicherungsgesetzes und die Ausdehnung des
Gesetzes über die Gewerbegerichte.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident Frhr. v. Buol möchte auf die nächste Tages-
ordnung am Montag u. A. die Wahlprüfung betr. die Wahl des
Abg. Dr. Böttcher (nl.) legen.

Abg. Richter (Freil. Vg.) bittet auch die Wahlprüfung betr.
den Abg. v. Dzembovski (Rpt.) mit auf die Tagesordnung zu
legen. Das betr. Material sei hinlänglich bekannt; Bericht liegt
schon acht Tage gedruckt vor.

Abg. v. Staudy (dt.) beantragt die Wahlprüfung betr. Wahl
des Abg. v. Dzembovski von der Tagesordnung abzusetzen und
bezw. gleich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Singer (Soz.) schließt sich dem Abg. Richter an.

Als Abg. v. Staudy die Beschlußfähigkeit des Hauses be-
streitet, wird er vom Abg. Richter darauf aufmerksam ge-
macht, daß noch gar kein Antrag vorliege. (Geltend.)

Präsident Frhr. v. Buol legt nun die Wahlprüfung des Abg.

v. Dzembovski mit auf die nächste Tagesordnung, worauf Abg.

v. Staudy die Beschlußfähigkeit in Zweifel stellt.

Es findet demnach Auszählung statt. Diese ergibt die
Anwesenheit von 102 Mitgliedern; das Haus ist somit nicht be-
schlußfähig.

Präsident Frhr. v. Buol: Ich lege auf die Tagesordnung
für die nächste Sitzung, Montag 1 Uhr, die zweite Be-
ratung des Antrages Auer u. Gen. betr. das Arbeiter-Versamm-
lungs- und Koalitionsrecht, die Wahlprüfung betr. die Wahl des
Abg. Dr. Böttcher, die Wahlprüfung betr. die Wahl des Abg.
v. Dzembovski (Stürmische Heiterkeit), Antrag Richter betr. Ab-
änderung des Wahlgesetzes, Antrag Graf v. Helldorf betr. Beschlag-
nahme von Gehältern Angestellter. Schluß nach 3¹/₂ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 4. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs wegen
Aufnahme von fünf Millionen Anleihe behufs Verteilung
von Arbeiter- und Beamtenwohnungen in Staatsbetrieben
wird fortgesetzt.

Abg. Bueck (nl.): Meine politischen Freunde
sind gegen die Vorlage sympathisch gegenüber. Ob-
gleich ich die Schwarzmalerei der Kathedersozialisten nicht theile,
verkenne ich nicht die großen Mängel im Wohnungswesen. Die
Arbeiter in Berlin wohnen schon günstig, wenn sie eine Stube für
sich haben. Es ist freudig zu begrüßen, daß die Versicherungs-
anstalten von ihrer Pflanz Gebrauch machen, den vierten Theil ihrer
Gelder in Hypotheken auf Arbeiterwohnungen anzulegen. Das
Prinzip, daß der Staat das Geld nur gibt, wenn es verzinst und
amortisiert werden kann, billige ich durchaus. Vorsehen muß der
Staat sich, daß die Wohnungen zu lohnfähig gebaut werden, dann
sind sie zu theuer und es wird der Zweck nicht erreicht. Die Ideale
müssen verlassen werden, und man muß sich der praktischen Wirk-
lichkeit zuwenden und sich in der Ausstattung der Arbeiterwohnun-
gen Beschränkungen auferlegen. Meine Bedenken nach dieser Rich-
tung sind durch den Eisenbahnminister abgemildert worden. Das
Einlegen der unbedeutenden Arbeiter hat große Nachteile ge-
eignet. Wir freuen uns, daß der Staat das Prinzip anerkannt
hat, daß er aus seinem unerquicklichen Kredit ohne Schädigung
der Steuerzahler in schlechten Zeiten Arbeitsgelegenheit beschafft. Ich
beantrage Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission
von 14 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Die Berg- und Hütten-
verwaltung hat großes Interesse an dieser Vorlage. Es kann nicht
im Interesse des Arbeiters liegen, ihm ein eigenes Haus in der
Nähe der Arbeitsstätte zu geben, weil er daran gebunden ist und
sich anderwärts keine besser lohnende Arbeit suchen kann. Besser
ist das System der Bergverwaltung, daß die Bauartigkeit der
Arbeiter durch Bauprämien und Darlehen unterstützt wird. Ein
Bedürfnis nach Mietshäusern ist namentlich im Städtischen Salz-
bergbau hervorgerufen. Auch in Oberschlesien wird sich das
System der Mietshäuser empfehlen, wo sich das Bräuntenhütten-
nicht bewährt hat. Weniger groß wird das Bedürfnis am Dattler
und im Harz sein, wo die Arbeiter meist eigenangelesen sind. In
ganz besonders schwieriger Lage befinden sich die unteren und
mittleren Beamten hinsichtlich der Mietshäuser. In Saar-
brücken haben erst 54 Prozent Dienstwohnung. Daran, daß wir
nicht zu kostspielige bauen, hindert uns schon die Rücksicht auf die
Verzinsung. Wo es irgend angeht, werden Zwei-Familien-Häuser
gebaut werden, was nach unserer Erfahrung das Vollkommenste ist.
In dieser Vorlage handelt es sich nicht um eine staatssozialistische
Maßnahme, sondern um eine einfache Pflicht des Arbeitgebers
gegen die Arbeitnehmer. Wir werden durch die Vorlage ohne
Rücksicht auf den Betrag des einzelnen Betriebes in die Lage gesetzt,
jedem Arbeiter eine angemessene Wohnung zu beschaffen.

Die Debatte wird nunmehr geschlossen und die Vorlage an eine
Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr.
die Verpflegungskationen. (Nach dem Entwurfe sollen die
Kreise die Kosten tragen; die Hälfte der Kosten können sie sich
von den Provinzialverbänden zurückzahlen lassen.)

Geh. Rath v. Trotz zu Solz: Der Nutzen der Verpflegungs-
stationen wird allgemein anerkannt. Die Behauptung, daß diese
Anstalten Wanderbettelei und Vagabundenthum befördert haben,
ist nicht bewiesen worden. An dem überhandnehmenden Vande-
streichthum ist nicht die Freizügigkeit allein schuld. Die Polizei
konnte dem Vagabundenthum nicht mit Erfolg entgegenzutreten. Die
Verpflegungskationen erfüllen diese Aufgabe in höherem Maße,
indem sie den arbeitslosen, aber arbeitswilligen Personen helfen.
Dieselben bestehen auch in Oesterreich und der Schweiz und haben
die Aufmerksamkeit der übrigen Kulturstaaten auf sich gezogen.
Nun sind aber die Stationen in Gefahr zusammenzuberechnen,
und es würden dann die früheren Zustände wiederkommen.
Ohne gesetzliche Regelung würde eine Station nach der anderen
aufgelöst werden. Da, wo die Frage gesetzlich geregelt
ist, wie in Oesterreich, haben sich die Verpflegungskationen
trefflich bewährt und zur Verminderung der Zahl der wegen
Landstreichens Verurtheilten beigetragen. Der Entwurf ist so gefaßt,
daß die Stationen sich noch weiter entwickeln können, z. B. zu
einer Art Arbeitsvermittlungsanstalt. In die Stationen sollen
nur wirklich Arbeitslose, nicht aber gewohnheitsmäßige Bettler auf-
genommen werden. Es würde dem Richter die Entscheidung
darüber, ob jemand nur arbeitslos oder arbeitswillig ist, wesentlich
erleichtert werden. Der Entwurf schematisirt und bürokratisirt
nicht, sondern stellt nur allgemeine Regeln auf; er überläßt die
ganze innere Ausgestaltung den Kreisen und schließt auch die frei-
willige Arbeitsfähigkeit nicht aus. Die Vorlage gleicht dem Pro-
vinzialrath die Entscheidung darüber, wo Stationen angelegt wer-
den sollen. Das Gesetz selbst schreibt in Bezug auf die Auswahl
der Orte deswegen nichts vor, weil in den einzelnen Gegenden die
Verhältnisse sehr verschieden sind. Nicht möglichst viele Stationen

sollen errichtet werden, sondern nur da, wo eine Nothwendigkeit
dafür vorhanden ist und wo die Unterhaltung gerade eine ver-
hältnismäßig leichte ist. Es besteht zwar eine Abneigung, neue
Gesele zu machen, aber hier handelt es sich nicht um eine neue
Einrichtung. Die Gesetzgebung folgt nur den thatsächlichen Ver-
hältnissen, denn der größere Theil der Kreise hat bereits solche
Stationen, deren Verwaltung durch die gesetzliche Regelung nur
erleichtert wird.

Abg. Brütt (Freil.): Bislang sind die Kosten der Verpflegungs-
stationen von der Freiwilligkeit getragen worden. Wenn die Kreis-
tage die Uebernahme abgelehnt haben, so geschah es nicht aus übel-
angebrachter Sparsamkeit, sondern weil sie der Anschauung sind,
daß die Stationen nicht den Segen bringen, von dem die Ver-
pflegungsstation-Enthusiasten sprechen. Diese Abneigung ist hervor-
gegangen aus unmittelbarer Anschauung, die mehr werth ist als
uncontrolierbare Statistiken. Es ist unmöglich, es dem einzelnen
anzuleben, wie die Bestimmung des § 1 lautet, ob er mittellos,
arbeitslos und geneigt ist, sich außerhalb seines Wohnortes eine
Arbeitsstelle zu suchen. Wenn die Vagabunden nicht einbezogen
werden, so wird der Zweck, das Landstreichthum einzuschränken,
nicht erreicht werden. Bedenken erregt auch die Bestimmung, daß
derjenige mit Haft bestraft werden soll, der sich weigert, eine Arbeit
zu übernehmen. Wie will man das ausführen? Welches Personal
gehört zur Kontrolle? Daß niemand ohne Papiere aufgenommen
werden darf, schützt auch nicht vor dem Eindringen unbedenklicher
Elemente; denn falsche Papiere sind leicht zu beschaffen. Meine politischen
Freunde werden unter keinen Umständen für die
§§ 1, 9 und 10 stimmen, und wir sind auch mit einzelnen
Ausnahmen dagegen, daß das Verpflegungs-
kationswesen staatlich geregelt wird. Das Gesetz
benachtheiligt sowohl die anständigen Arbeiter durch das größere
Angebot, wie auch die Arbeitgeber, weil der Arbeiter sich jederzeit
auf die Verpflegungsstation zurückziehen kann. Anstatt dieses Gesetzes
würde eine Erweiterung der Dotationen an die Provinzen zu em-
pfehlen, die dann die Aufgaben der Verpflegungsstationen in die
Hand zu nehmen hätten. Ich beantrage Ueberweisung der Vor-
lage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Tschopp (Freil.): Man findet unter denen, welche die
Verpflegungsstationen aufsuchen, die ganze Stufenleiter von Ar-
beitslosen vertreten, vom dem jungen Handwerksgehilfen, dem zum
ersten Male die Arbeit gekündigt worden ist, bis zum verdoemenen
Vagabunden, der sich der Arbeit ganz entzogen hat. Die Behaup-
tung, daß die gewerbsmäßigen Vagabunden das Hauptcontingent
zu den Gästen der Verpflegungsstationen stellen, ist durchaus un-
richtig. Nach zehnjährigen Erfahrungen kann ich bestätigen, daß
die Verpflegungsstationen das richtige Mittel sind, den Würdigen
zu helfen, den Unwürdigen mit Strenge entgegen zu treten, aber
nur, wenn sie richtig eingerichtet sind. Die Organisation der Ver-
pflegungsstationen ist eine verschiedenartige und weicht häufig in
Hauptgrundrissen von einander ab. Die Verpflegungsstationen sind
das geeignete Mittel, das Landstreichthum zu bekämpfen. Eine
Unterstützung der mittellosen Wanderer ist nach der bisherigen Ge-
setzgebung ausgeschlossen. Wenn das Verpflegungsstationenwesen ge-
setzlich eingeführt wird, dann kann auch eine Verschärfung der Be-
strafung von Bettlern und Vagabunden eintreten. Die Vorlage
bildet eine geeignete Basis zur Verständigung. Die Verpflegungs-
stationen müßten möglichst mit Arbeitsnachweis verbunden werden.
Wie wichtig das ist, beweist die Thatfache, daß die Sozialdemo-
kraten, die in den Fachvereinen einen Arbeitsnachweis haben, am
schnellsten Arbeit finden. Gerade in der heutigen Zeit würde es
ein Unrecht sein, ein Werk sozialer Hilfe scheitern zu lassen, in
einem Augenblick, wo die wirtschaftlich ungünstige Lage so viele
Arbeitslose geschaffen hat.

Abg. Seyffardt (nl.): Im Großen und Ganzen stehen wir
dem Entwurfe sympathisch gegenüber, wenn auch ein Theil meiner
Freunde ihn ablehnt. Ich persönlich nehme auch einige Bedenken
in Kauf. Man darf nicht wie früher, Wanderleute und Vaga-
bunden allgemein gleichstellen. Es ist ein Verbleib der inneren
Mission, daß sie dies Wert in Angriff genommen hat. Die Sta-
tionen haben überall gut gewirkt, wo sie gut geleitet waren und
wo man nicht einfach dem Bettelknecht die Leitung überließ. Der
Belastung der Kreise steht eine viel größere Entlastung der Ge-
samtheit gegenüber in Folge der Abnahme der Bettelerei. (Beifall
bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Schilling (kons.): Man kann den Verpflegungs-
stationen gute Wirkungen nicht absprechen. Die Zahl der Kor-
rigenden und die Bettelerei hat abgenommen. So wie es bisher
gegangen ist, kann es jedoch mit den Stationen nicht weiter geben,
sonst gehen sie sämmtlich zu Grunde. Wir Alle können für diesen
Versuch der Regierung dankbar sein, die Verpflegungsstationen
zu erhalten. Der schwierigste Punkt in der Vorlage ist die Be-
stimmung des Verhältnisses von Unterkunft und Arbeitsleistung,
die Frage, wo die Arbeit geschafft werden soll. Die Kreise sind
allein geeignet, die Aufsicht über die Stationen zu führen. Ueber
die Verteilung der Kosten wird die Kommission noch zu beraten
haben, ebenso über die Aufnahmebestimmungen. Jedenfalls ist der
größte Theil meiner Freunde überzeugt, daß der Rahmen des
Gesetzes eine geeignete Grundlage für die weitere Verathung
bildet.

Abg. v. Waldow (kons.): Die Verpflegungsstationen haben
zur Beseitigung der Vagabondage wenig beigetragen. Daß eine
große Zahl von Stationen eingegangen ist, liegt in den steigenden
Kosten, in der Schwierigkeit der Wahl des Stationsvorstandes und
in der Schwierigkeit der Zuweisung von Arbeit. Fraglich scheint
mir daher, ob für Preußen die Ausdehnung des Systems der
Verpflegungsstationen nothwendig ist. Die Arbeitslosen stammen
aus den Städten. Da soll das Land, das keine Schuld an diesem
Zustand hat, diese Leute unterstützen? Wir in unserer Gegend
haben keine unverschuldeten Arbeitslosen. Die Landbevölkerung wird
es nicht verstehen, daß es Lasten für Leute übernehmen soll, die
mehr oder weniger alle an verschuldeten Arbeitslosigkeit leiden.
Die Kosten scheinen zwar gering, werden aber schließlich ebenso
steigen, wie wir es beim Unfallversicherungsgesetz erlebt haben.
(Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (kons.): Die Verpflegungsstationen sind aus der

christlichen Geist der Nächstenliebe entstanden, daraus rührt ihr Erfolg, und bürokratische Festschließung würde daher Schaden. Wenn die Verpflegungstationen jetzt zurückgehen, so geschieht es, weil man zu viele gegründet, die Wünsche des Volkes zu eng gezogen hat. Es läßt sich aber nicht befehlen, daß durch die Stationen viele Straßen von den Handreichern geäubert worden sind. Nach der Vorlage werden auch die Städte herangezogen. In der Kommission wird auch die Möglichkeit erwogen werden müssen, Berlin, die Hauptkuchenhütte für Arbeitslose, zu den Kosten heranzuziehen. Ich sehe in dem Gesetzentwurf viel Nützliches, aus dem viel Gutes für unser Volk herauskommen kann.

Abg. Frhr. v. Seereman (Centr.): Der Idee des Gesetzes stimmen wir gewiß alle vollkommen bei, sie ist eine außerordentlich humane. Aber die Idee, die man sich in materieller und sittlicher Beziehung stellt, werden durch die gegenwärtige Vorlage nicht erreicht. Die Verpflegungstationen in ihrer bisherigen Entwicklung sind ein Werk der christlichen Nächstenliebe, die man doch nicht verstaatlichen kann. Die Erfahrungen, die man mit den von den Kreisen gegründeten Stationen gemacht hat, sind sehr verschieden. Vor allen Dingen ist es sehr schwer, einen geeigneten Stationsvorsteher zu finden. In Gegenden, wo nicht eine große Industrie herrscht, brauchen nicht so viele Stationen angelegt zu werden. Auf kleinen Stationen wird die Beschaffung von Arbeit sehr schwierig sein. Die wirklichen Arbeitslosen konzentrieren sich in den Städten, und keine Stadt hat so viele Arbeitslose wie gerade Berlin. Das Gesetz würde also hierin nichts ändern. Die Mitwirkung der Provinzialbehörden würde einen stark bürokratischen Zug hineinbringen. Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung an eine Kommission an und hoffe, daß hier ein brauchbares Gesetz zustande kommen wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Criffa (Konf.): Die Gegner der Vorlage haben sich nicht von großen sozialpolitischen und sachlichen Gründen leiten lassen, sondern von den individuellen Gesichtspunkten ihres eigenen Kreises. In unserer Provinz haben sich die Verpflegungstationen sehr gut bewährt. Die Beschaffung der Arbeit wird nicht so überaus schwer sein, bei uns ist sie jedenfalls immer vorhanden. Gerade die Verpflichtung der Arbeitsleistung ist das beste Mittel, den Bettel zu beseitigen. Natürlich wird es sehr wesentlich sein, die Stadt Berlin anzufassen, und wenn das nicht angänglich sein sollte, so müßte darauf hingewirkt werden, daß sie den Maß zurücknimmt, wonach nur heimische Arbeitslose von ihr beschäftigt werden sollen. Damit sich zu beschäftigen hätte die kommunale Vertretung von Berlin mehr Veranlassung, als mit Petitionen politischen Inhalts in Dingen, die sie garnichts angehen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bockelberg (Konf.): Bei Einrichtung der Verpflegungstationen ist eine gewisse Ueberstützung eingetreten. Außerdem trat sehr bald die Arbeitsleistung hinter die Verpflegung zurück, wodurch die Wanderlust gestärkt wurde. Es soll aber nicht das Wandern organisiert werden, sondern es soll Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Deshalb müssen an geeigneten Punkten Arbeiterkolonien gegründet werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.): hält den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, in die Verpflegungstationen von Staatswegen generalisierend und schablonisierend einzugreifen. Auf diesem Gebiet muß möglichst spezialisiert werden. Es darf nicht reglementiert werden, auch darf der Staat nicht die Aufsicht führen. Die Provinz sollte die Regie über die ganzen Verpflegungstationen übernehmen. Wenn man zugleich eine mäßige Erhöhung der Provinzialabgaben eintrifft, dann wird die Provinz in der Lage sein, nach Bedürfnis Verpflegungstationen einzurichten. Der Entwurf muß in dieser Richtung geändert werden.

Die Debatte wird nunmehr geschlossen.

Der Entwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Antrag Petoscha wegen Ermäßigung der Frachten für oberbayerische Montanprodukte; Petitionen.) Schluß gegen 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 5. Mai. [Die Protestkundgebung von Vertretern der deutschen Städte] gegen die Umsturzvorlage fand heute hier statt und nahm einen überaus würdigen Verlauf. Erschienen waren etwa 250 bis 300 Vertreter verschiedener, darunter der bedeutendsten Städte aus dem ganzen Reich. Außerdem waren 170 schriftliche Zustimmungserklärungen eingegangen. Die Versammlung wurde nach 11 Uhr im großen Saale des Kaiserhofs durch den Stadtverordnetenvorsteher Langerhans eröffnet. Zu Vorkessern wählte die Versammlung auf seinen Vorschlag den Oberbürgermeister von Berlin, Relle, den Oberbürgermeister von Breslau, Bender, den Stadtverordnetenvorsteher Rosenstock aus Königsberg und den Stadtverordneten Köstler aus Frankfurt a. M. Langerhans richtete unter jubelnder Zustimmung der Versammlung herzliche Begrüßungsworte an den Reichstagsabg. Prinzen Schönaich-Carolath. Man habe ihn als Ehrengast eingeladen, weil man ihm hauptsächlich die Anregung zu einer Kundgebung der deutschen Bürgerchaft verdanke. Er gebe nunmehr dem Prinzipien als Erstem das Wort. Der Prinz wurde, als er die Rednertribüne bestieg, mit andäutendem Beifall begrüßt. Die Wirkung seiner Ansprache ging außerordentlich tief. Der Redner erklärte, er habe sich die Kundgebung zwar auf größter Basis gedacht und er hätte gewünscht, daß alle Führer der deutschen Wissenschaft und Kunst sich angesichts dieser Gefahr für das Selbstleben angelassen und eingefunden hätten. Es habe aber die Zeit gefehlt. Jedenfalls befunde auch diese Versammlung, wie tiefgehend die Bewegung gegen die Umsturzvorlage im Volke sei. Im Uebrigen betonte Prinz Schönaich-Carolath, daß er sich nicht sowohl gegen die Regierung oder gegen den Reichskanzler persönlich oder auch nur gegen die ursprüngliche Vorlage, sondern hauptsächlich gegen die Centrumsfassung wende. Starke Eindruck machte es, daß der Redner weiterhin das bekannte Wort des Kaisers „wer feste um sich hat“ w. wiederholte und zum Schluß erklärte, einem Volke, das sich zur Geduld der Siege von 1870/71 rüste, dürfe man eine solche Vorlage nicht als Morgengabe bieten. Das sei eine Verübungung am Geiste des deutschen Volkes. Der zweite Redner war der Berliner Stadtschulrath Vertam, der u. A. daran erinnerte, daß der Ultramontanismus sich nicht gescheut habe, Gustav Adolf als Nordbrenner zu bezeichnen. Würde die Vorlage Gesetz, dann könne auch der Synodus Plus IX. nicht mehr ungekrönt abgedruckt werden, weil er eine Beleidigung der evangelischen Kirche enthalte. Die deutschen Städte hätten die Aufgabe, die Ergebnisse von Wissenschaft und Kunst auch an ihrem Thelle und zum Wohle der Mitbürger zu verwerthen. Darum seien sie berufen, sich gegen ein Gesetz zu wehren, das der geistigen Thätigkeit die Schwungkraft nehmen würde. Es sprachen noch der Vertreter Stuttgarts, der Volkspartei, der Abg. Alex. Mayer, sodann ein Vertreter Hamburgs und zuletzt ein trefflicher Mann aus dem Volke, ein Bürger des Städtchens Teltow. Er meinte, wenn eine zweite Umsturzvorlage kommen sollte, werde man sie ebenso wie die jetzige zu behandeln wissen. Alexander Mayer bestätigte, daß sogar in der Umsturzkommission ein Centrumsredner Gustav Adolf einen Nordbrenner genannt hat. Die Carolath'schen Ausführungen wollte Alexander g. ausdrücklich dahin ergänzt wissen, daß die Versammlung Meyer gegen die Centrumsfassung, sondern gegen jede d. nicht bloß protestire. Der Hamburgische Redner verwies

darauf, daß er nicht als Vertreter seiner Stadt sprechen könne. Denn Hamburg sei nicht bloß Stadt, sondern auch Staat und als solcher im Bundesrathe vertreten. Aber er, der Redner, sei gleichwohl von dem Bürgervorsteher ermächtigt, sich dem einmütigen Protest gegen das Umsturzgesetz anzuschließen. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die in Berlin verammelten Mitglieder deutscher kommunaler Körperschaften erklären in der sogenannten Umsturzvorlage eine Einschränkung derjenigen Freiheit der öffentlichen Kritik, welche die unentbehrliche Voraussetzung einer gesunden Entwicklung des öffentlichen Lebens und insbesondere kommunaler Selbstverwaltung ist. Erfüllt von der Besorgnis, daß die gesetzgeberische Zurückdrängung der öffentlichen Kritik auf allen Gebieten des staatlichen Lebens den Fortschritt hindern, vielfach die gewerbliche Thätigkeit in hohem Maße beschränken, die Heilung sozialer Schäden erschweren und damit die Unzufriedenheit vermehren würde, richtet die Versammlung an den Reichstag das dringende Ersuchen, die Umsturzvorlage in jeder Gestalt abzulehnen zu wollen.“

— Die „Deutsche Sonntagspost“ schreibt: Bei der in Aussicht genommenen anderweitigen Ordnung der ländlichen Kreditverhältnisse in den östlichen Provinzen wird auf ein Handbündel der provinsialen Kreditinstitute und der ländlichen Darlehnskassen geseht. Außerdem ist, wie wir hören, eine Reorganisation des Sparkassenwesens beabsichtigt.

— Nach einem dem Logo-Komitee aus Braß an der Niger-Mündung zugegangenen Telegramm vom 3. Mai, gezeichnet von dem Mitgl. der deutschen Logo-Expedition Premierleutnant D. H. v. Carnap ist die Expedition bei Say an den Niger gelangt und hat Verträge mit den Sultanan Badgamba in Bama, Adama in Gurma Bissuagu, Mechalt, Sara geschlossen. (Ein Ort Sara befindet sich nach der Kiepersich Karte am Niger 14° 20' n. Br., 1° 30' östl. Länge von Greenwich.) Die Expedition verfolgte von dort den Nigerlauf und bestand bei Bittini unterhalb Say ein siegreiches Gefecht. In Karmamma, woselbst die Boden unter den Trägern der Expedition ausgebrochen waren, trennte sich die Expedition. Der Führer der Expedition Dr. Bruner mit Dr. Döring wendeten sich nach Süden, um über Borgu nach Niassaböhe zurückzukehren. Lieutenant v. Carnap mit den Kranken kehrte nach Braß zurück.

* Wilhelmshaven, 4. Mai. Der Kaiser hat dem Panzerschiff „Kaiser“ sein Bildnis zum Geschenk gemacht; das Bild wurde heute von dem Geh. Regierungsrath Nießner übergeben. Das Panzerschiff „Kaiser“ beabsichtigt, heute Nachmittag nach China in See zu gehen.

* Kiel, 4. Mai. Der auf der Germania Werft erbaute Dampfer „Machti g al“ ist heute früh nach Kamerun abgegangen.

* Friedrichshagen, 5. Mai. Gegen 800 D. St. f. r. i. e. s. e. n, darunter viele Damen, aus Beer, Emben, Aurich, Norden, Weener, Wilhelmshaven und Wittmund trafen heute Mittag bei schönstem Wetter mittelst Extrazuges hier ein und begaben sich alsbald unter Vorantritt eines Musikkorps nach dem Schlosspark. Fürst Bis marck erschien auf der Terrasse und wurde jubelnd begrüßt. Direktor Suur-Emden feierte den Fürsten in längerer Rede und erinnerte daran, daß die Expedition des Großen Kurfürsten nach der afrikanischen Küste von Emben ausgegangen sei, das somit ein Stützpunkt der Politik gewesen sei, die 200 Jahre später Fürst Bismarck wieder aufgenommen und durchgeführt habe. Der Fürst erwiderte dankend, die bereits erwähnten kurbraunenburgischen Unternehmungen charakterisiren den Schiffertrieb der Ostseefürsten, die alten Beziehungen bewiesen die Zusammengehörigkeit der deutschen, mindestens der niederdeutschen Bevölkerung von der Waterkant. Erfolgreich sei es die Zeit zu erleben, wo eine Verbindung der Nordsee und Ostsee hergestellt sei. Bei seinem Eintritt in die politische Thätigkeit sei kaum Aussicht dazu gewesen. Bei den Verhandlungen mit dem damaligen Präbidenten von Schleswig-Holstein habe er als Vorbedingung zur Einsetzung einer besonderen holsteinischen Dynastie die Zustimmung für diesen Kanalbau gestellt, jedoch keine Zustimmung gefunden. Nach der Besitzergreifung Holsteins sei er wieder darauf zurückgekommen. Bedenken militärischer Natur seitens der wissenschaftlichen Spitze unserer Landesvertretung hätten ihm wegen des notwendigen Schutzes des Kanals entgegen gestanden. Von dem Willkürsieg der französischen Kriegsentscheidung sei ein Antheil für den Bau des Kanals reserviert worden und dann der Widerspruch geschwunden. Er behaupte, den Kanal nicht gesehen zu haben, den er wahrscheinlich auch nie sehen werde, da er nicht rüstig genug sei, die Festlichkeiten mit den unvermeidlichen Unbequemlichkeiten mitzumachen. Der Fürst gedachte seines Besuches in Emben im Jahre 1869 und der dortigen arbeitsamen Bevölkerung. Bei dem darauf folgenden Rundgang zog der Fürst, welcher sehr wohl ausah, viele Besucher ins Gespräch.

* Hamburg, 4. Mai. Die Postelbehörde ordnete zur Verhütung der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche an, daß aus Dänemark und Schweden in Hamburg eintreffendes Hornvieh innerhalb zehn Tagen nach Ankunft geschlachtet werden müsse.

* Braunschweig, 4. Mai. Der Prinzregent ist heute früh hier wieder eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

* Budapest, 4. Mai. Nach den Berichten der hiesigen Blätter erfolgte die gestrige Abreise des Ministerpräsidenten v. Banffy nach Wien nach kurzer Berathung mit einigen Ministerkollegen und Mitgliedern der liberalen Partei aus eigenem Antriebe, nicht auf Veranlassung, um die durch das gestrige Communiqué der „Polit. Korresp.“ geschaffene Sachlage mit dem Minister des Aeußeren eventuell beim Kaiser zur Sprache zu bringen. Der Rücktritt des ungarischen Ministeriums sei unvermeidlich, wenn Banffy nicht Satisfaction erhalte.

Eine Interpellation des Abgeordneten Apponyi im Abgeordnetenhaus fragte, welche Grundlage die gestrigen Mittheilungen des Communiqué der „Politischen Korrespondenz“ besitzen, in welchen Handlungen oder Aeußerungen des Kuntus Aglarbi die ungarische Regierung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns erblickt habe, welche Veräußerungen hinsichtlich der diesbezüglich zu unternehmenden diplomatischen Schritte zwischen der ungarischen Regierung und dem Ministerium des Aeußeren stattgefunden hätten und mit welchem Endresultate, endlich auf welcher Grundlage der Ministerpräsident in der Beantwortung der Interpellation Terenzis erklärt habe, daß mit dem Minister des Aeußeren Uebereinstimmung in den Anschauungen bestände und daß bei der Kurie bereits die von der ungarischen Regierung gewünschten diplomatischen Schritte unternommen seien.

Der „Österreichische Roman“ veröffentlicht das Communiqué der „Polit. Korresp.“ mit folgenden Bemerkungen: Auf Grund unserer eigenen Nachrichten sind wir in der Lage, die Richtigkeit des Communiqué der „Polit. Korresp.“ zu bestätigen, denn wir können versichern, daß die von Baron Banffy angekündigten Reklamationen beim Heiligen Stuhl nicht existiren, wie sie denn auch keinerlei Berechtigung hätten.

Rusland und Polen.

* Petersburg, 3. Mai. Der Kaiser empfing heute Nachmittag 2 Uhr in Zarsoje Selo den neu ernannten deutschen Botschafter Fürsten Radolin in feierlicher Antrittsaudienz. Nach Entgegennahme der Accreditive ließ der Kaiser sich die Mitglieder der Botschaft vorstellen. Dem Empfange wohnten der Hofminister Graf Woronzow Daskow, Generaladjutant Richter und die obersten Hofchargen bei. Später wurde der Botschafter von der Kaiserin empfangen, welcher er die Mitglieder der Botschaft ebenfalls vorstellte.

Spanien.

* Madrid, 4. Mai. In Bilbao wurden die Mitglieder des sozialistischen Komitees verhaftet.

Das Panzerschiff „Pelago“ und die Kreuzer „Infante Maria Teresa“, und „Marquis Ensenada“, welche an den Kieler Festlichkeiten theilnehmen werden, versammeln sich am 8. d. Mts. im Hafen von Marin (Galicien) unter dem Kommando des Kontre-Admirals Martinez Espinosa.

Nach einem Telegramm aus Habana ist der Korrespondent des „New York World“ bei Guantanamo festgenommen worden. Derselbe wird beschuldigt, Propaganda für die Squaratischen getrieben zu haben. Die Truppen schlugen einen von Marcos Ramirez befehligten Insurgentenhäufen. Ramirez ist gefallen.

Vermischtes.

† Die Enthüllung des Lutherdenkmals in Eisenach, welche programmgemäß verlief, wurde am 4. d. in feierlicher Weise vollzogen. Der Großherzog und die Großherzogin wohnten mit den Entsehlern der Fester bei. Für die hohen Herrschaften war ein prächtiges Zelt errichtet worden. Zu dem großartigen Festzug hatten sich viele tausend Zuschauer eingefunden. Nach feierlichem Glockengeläute wurde der Gesang: „Ein feste Burg ist unser Gott“ angestimmt; Archdiakon Riese hielt die Festrede. Nachdem die Hülle gefallen, übernahm Oberbürgermeister Müller Namens der Stadt das Denkmal und gelobte dessen Schutz, indem er es als ein Friedenszeichen und hebrés Pfand für ganz Deutschland bezeichnete. Dem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf das großherzogliche Haus folgte Gesang, worauf die großherzogliche Familie das Denkmal in Augenschein nahm.

† Gustav Freytags Testament wurde am 4. d. eröffnet. Der Dichter hinterläßt Gattin und Sohn wohlverorgt. Das Testament setzt ferner verschiedene Legate für Freytags Verwandte aus und trifft Bestimmungen über seinen literarischen Nachlaß.

† Die Aufsichtsrathmitglieder der „Sonderburger Bank“ wurden am 4. d. von dem Untersuchungsrichter wieder aus der Haft entlassen, nachdem sie ihr Ehrenwort abgegeben hatten, sich nicht aus der Stadt zu entfernen.

† Ein Cyclon verwüstete 3 Meilen westlich von Stourfallis die Gegend vollständig und richtete auch in der Nähe von Stourfalls großen Schaden an. Das Centrum des Cyclons befand sich 45 Meilen nördlich. Man glaubt, daß 50 Personen getödtet sind.

† Fünf flammeische Prinzen sind am 4. d. an Bord des Dampfers „Pagen“ in Genua eingetroffen. Der flammeische Justizminister Prinz Swast und der flammeische Gesandte in Paris waren zu ihrem Empfange erschienen.

† In Folge des Sturmes ist am 3. d. bei Sangatte im Kanal ein Fischerboot umgeschlagen; dabei sind 9 Fischer ertrunken.

Polen.

n. Neue Haltestelle der Paderbahn. Auf Antrag der hiesigen Paderbahn-Gesellschaft hat der Polzei-Präsident die Einrichtung einer Haltestelle vor dem Berlinerthor während der Dauer der Gewerbeausstellung genehmigt.

n. Angeschwemmte Leiche. Am Sonnabend Abend wurde am linken Bartheuser, in der Nähe des jüdischen Schlachthaus, von zwei Bootleuten eine männliche Leiche gefunden und an das Ufer gezogen. Dieselbe war bekleidet mit schwarzer Tuchjacke, schwarzer Weste, englischledernen Hosen, Stiefeln und einem roth gestreiften wollenen Hemd, um den Hals war ein breiter Lederriemen geschnallt. In der Brusttasche der Jacke befand sich ein Packet verschleddener Papiere, welche auf den Maurergefellen Wilhelm Rosenow, geboren am 27. März 1849 zu Neu-Anspach, Kreis Friedeberg, und in St. Lazarus bei Gurtzschin wohnhaft, ausgefertigt sind. Außer einigen Hautabschürfungen im Gesicht, die wahrscheinlich beim Herausziehen der Leiche an das Ufer entstanden sind, waren äußere Verletzungen nicht wahrnehmbar. Es liegt deshalb entweder ein Unglücksfall, oder Selbstmord vor. Die Leiche wurde nach dem Beichenhause des städtischen Krankenhauses geschafft.

* Personalien. Der Regierungsschreiber Frhr. v. Seherer Thob zu Posen ist der Regierung zu Breslau zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Der Predigtamtsbibel Dr. Debel zu Langendreer ist als ordentlicher Seminarlehrer am Lehrerseminar zu Posen angestellt worden.

* Personal-Nachrichten aus den Ober-Post-Direktions-Bezirken Posen und Bromberg. Angenommen zum Postelaben der Abtinent Förster in Bromberg. Ernann zum Oberpost-Assistenten der Postverwalter Ruga aus Schlothe in Schneidemühl. Verlegt die Postassistenten Krause von Gnesen nach Bromberg und Wählig von Schneidemühl nach Bromberg.

n. Ehrlichkeit. Von dem Droschkenbesitzer Borowatz wurde am Sonnabend ein Herr zur Bahn gefahren. Nach dem Aussteigen des Fahrgastes fand B. ein Beinharntrüd in der Droschke und gab es dem Herrn, welcher sich inzwischen nach dem Wartesaal begeben hatte, ab. Diese Ehrlichkeit belohnte der Fremde dadurch, daß er dem Kutsher 3 Mark gab und seine Anerkennung aussprach.

n. Einbruchsdiebstahl. Einem Gastwirth in Schroda wurde am 3. d. Mts. in seiner Wohnung ein Cylinderbureau erbrochen und daraus ein Geldebetrag von 900 Mark entwendet, welcher aus 6 bis 7 Hundert-Markstheilen und das Uebrige in Gold bestand. Außerdem hat der Dieb auch noch eine weißblaue Gelbbörse mit 4 Mark und eine silberne Anteruhr mit doppelter Kapsel an einer silbernen Panzerkette mitgenommen. Ein Sattlergehilfe, welcher diesen Diebstahls verdächtigt ist und sich hier auf der Herberge zur Heimath aufhielt, wurde gestern verhaftet.

n. Fuhrunfälle. Sonnabend Nachmittag 6 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde an der Ecke der Weiterstraße das vor einen Wagen gespannte Pferd eines Tischlermeisters aus Bismarck steben und ging durch. Am Wilhelmshagen stürzte das Pferd. Die Ehefrau des Tischlermeisters, welche das Gefährt führte, fiel vom Wagen, glücklicherweise ohne sich zu verletzen.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am Sonnabend 10 Bettler, 2 Personen wegen Obdachlosigkeit, eine Dirne, ein Arbeiter wegen Erregung ruhestörenden Lärms in der

Salzburgerstraße, sowie ein Steinhauer und ein Arbeiter wegen Vornachens in der Venetianerstraße. — Beschlagnahme wurde bei einem Fleischer in der Gubinastraße und bei einem Fleischer in der Wida je ein tschinesisches Schwein. — Ein sinnlos betrunkenen Arbeiter, der am Sonnabend Abend in der Büttelstraße lag, wurde nach seiner in der Großen Gerberstraße belegenen Wohnung geschafft. — Schlägerei. Am Sonnabend Abend fand in der Breitenstraße zwischen 2 Arbeitern eine Prügelei statt, wodurch ein Menschenauflauf verursacht wurde. — Gefunden wurden ein kleines gelbes Handbüchlein, ein Paar Glacehandschuhe, ein Notizbuch, sowie ein Schirm und eine Bettdecke. — Verloren wurde eine goldene Damen Remontuhr mit Kette, ein Bund Schlüssel, sowie ein Portemonnaie mit 9 Mark. — Zugelassen ist ein Sohn und eine Henne. — Entlaufen ist ein schwarzer und ein kleiner gelber Hund.

n. Aus Versteig. In der Nacht zum Sonntag wurden hier sechs Restauratoren wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zur Verhaftung notirt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 5. Mai. Die heutige Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten v. Banffy bei dem Kaiser dauerte über eine halbe Stunde. Wie verlautet, sprach sich der Kaiser, welcher dem Ministerpräsidenten einen sehr gnädigen Empfang bereitet, dahin aus, daß eine gütliche Appanierung der Differenzen zwischen dem Grafen Kalnoky und dem Baron v. Banffy erzielt werden kann und muß. Demgemäß finden gegenwärtig Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung statt, bei welchen das officium boni viri in den Händen des ungarischen Ministers a latere, Baron Josika, ruht.

Wien, 5. Mai. Der Kaiser empfing heute Vormittag 10 Uhr den Grafen Kalnoky in längerer Privataudienz und sodann, wie gemeldet, Baron v. Banffy. Um 12 Uhr Mittags wurde der Ministerpräsident Fürst von Windisch-Grätz zu einer halbstündigen Audienz empfangen.

König Milan reist heute Abend 9 Uhr 20 Minuten nach Benedig.

Brünn, 5. Mai. Die Polizei verhaftete zwei Individuen, welche in dem Verdachte stehen, gestern Abend auf die Schienen der Lokalbahn eine mit Explosivstoffen gefüllte Blechbüchse gelegt zu haben. Während der Fahrt eines Zuges erfolgte die Explosion, doch wurde Niemand verletzt.

Rom, 5. Mai. Den Blättern zufolge werden die allgemeinen Wahlen am 26. Mai, die Stichwahlen am 2. Juni stattfinden. Das neue Parlament werde am 8. oder 10. Juni zusammentreten.

Petersburg, 5. Mai. Der Emir von Buchara ist zum Generalleutnant à la suite des Terek Kosakenregiments ernannt worden.

Der Reichsrath prüfte gestern den Gesetzentwurf für die Errichtung höherer medizinischer Kurse für Frauen in Petersburg und nahm denselben der „Nowoje Wremja“ zufolge sympathisch auf. Die Existenz des Instituts ist durch private Mittel sicher gestellt.

Nach einer Meldung des „Grashdanin“ ist der im Auslande befindliche ehemalige Wirkliche Staatsrath Chon aufgeföhrt worden, innerhalb 2 Monate nach Rußland zurückzuführen, widrigenfalls gegen ihn nach den gesetzlichen Vorschriften wegen Nichtbefolgung des Auftrufs der Regierung vorgegangen werde.

Wie der „Grashdanin“ ferner meldet, ist der Generalgouverneur von Turkestan Generalleutnant v. Wreowski von seinem Posten zurückgetreten und trifft demnächst in Petersburg ein.

Paris, 5. Mai. Als der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf v. Wolkstein-Trostburg, gestern Vormittag einen Spazierritt in dem Bois de Boulogne machte, stürzte das Pferd, so daß der Botschafter unter dasselbe zu liegen kam und einen Rippenbruch erlitt. Nach dem ärztlichen Berichte ist der Zustand des Botschafters durchaus zufriedenstellend.

Paris, 5. Mai. Wie verlautet, erhielten die Kreuzer „Suchet“ in Ajaccio und „Tage“ in Toulon Befehl, sich bereit zu halten, um nach den japanischen Gewässern abzugehen.

Paris, 5. Mai. Ende Juni werden hier die deutschen Reichstagsabgeordneten Besel und Liebknecht erwartet. Dieselben werden mehrere Vorträge halten, für welche die sozialistischen Studenten Versammlungen organisiren.

Madrid, 5. Mai. Einer Depesche aus Havanna zufolge nimmt die Entmuthigung unter den Aufständischen zu, von denen sich zahlreiche unterwerfen; es mangelt ihnen an Munition.

London, 5. Mai. Wie das „Reuter'sche Bureau“ aus Hongkong meldet, ist die Lage auf Formosa ernst. Die Mannschaften ausländischer Kriegsschiffe sind in Anpeng gelandet, um die fremden Ortsangehörigen zu schützen. Die britischen Matrosen patrouilliren im Hafen von Takao in bewaffneten Booten. Die Schwarzflaggen sind sehr unruhig; es werden ernstliche Ruhestörungen befürchtet.

Stockholm, 5. Mai. Die Regierungsvorlage auf Verkauf der Westküstenbahn von Helsingborg nach Göteborg durch den Staat wurde von der ersten Kammer mit 89 gegen 38 Stimmen angenommen, von der zweiten Kammer dagegen mit 123 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Die Frage wird somit durch eine gemeinsame Abstimmung beider Kammern entschieden werden.

Konstantinopel, 5. Mai. Wie gerücheweise verlautet, unterbreiteten die Vertreter Englands, Rußlands und Frank-

reichs der Pforte eine Kollektivnote, worin in höflicher Weise der Rath ertheilt wird, unverzüglich einige dringend notwendige Reformen in den armenischen Distrikten einzuführen.

Sofia, 4. Mai. Prinz Ferdinand ist heute Abend in Familienangelegenheiten nach München abgereist und hat für die etwa zehntägige Abwesenheit den Ministerrath mit der Stellvertretung beauftragt.

Risch, 4. Mai. Die Skupschina beschloß durch Affirmation die Annahme einer Resolution, wonach die Verwerfung der Finanzvorlage in keiner Weise das Vertrauen zum Kabinet berührt, welches von der Skupschina völlig unterstützt wurde. Das Präsidium theilte diese Resolution der Regierung mit, welche bei ihrem Erscheinen mit Hochrufen begrüßt wurde. Der Ministerpräsident dankte für den Beschluß der Skupschina und brachte ein „Zivio“ aus, welches lebhaften Widerhall fand.

Die Skupschina bestätigte hierauf einstimmig, unter Hochrufen auf den König, sämtliche in Folge des Verfassungskonfliktes im Mai 1894 geänderten und wiederhergestellten Gesetze, nachdem Präsident Nikolajewitsch, als ehemaliger Chef, die Ursachen auseinandergelegt hatte, weshalb das damalige Kabinet dem Könige die Aufhebung der Verfassung von 1888 gerathen habe, welche das Land an den Rand des Abgrundes und des Bankrotts gebracht hätte. Der serbisch-griechische Handelsvertrag und einige andere Vorlagen wurden sodann durch Affirmation angenommen. Die Regierung unterbreitete der Skupschina ein neues Preßgesetz und ein Gesetz betr. die Organisation der Gemeinden.

Newyork, 5. Mai. Ein Telegramm aus Corinto meldet, daß Nicaragua das britische Ultimatum angenommen hat und die englische Flotte heute den Hafen verläßt.

Rio de Janeiro, 5. Mai. Der Kongreß wurde mit einer Botschaft des Präsidenten Dr. de Moraes eröffnet. Die Botschaft stellt die ausgezeichneten auswärtigen Beziehungen fest, betont das Bedürfnis der Steuerreform, der Neuorganisation der Nationalgarde und der Verstärkung der Küstenverteidigung. Bezüglich der Provinz Rio Grande spricht die Botschaft den Wunsch nach baldiger Beendigung des Kampfes aus, an welchem verdächtige Elemente theilnehmen, die die Beständigkeit der Republik gefährden könnten.

Wien, 6. Mai. Die Minister Kallay und Josika bemühen sich, eine Verständigung zwischen Banffy und Kalnoky herbeizuführen, damit beide im Amt verbleiben können. Kalnoky hat zugegeben, in einem Briefe das Auftreten des Nuntius Agliardi getadelt zu haben. Dieser Brief soll im ungarischen Abgeordnetenhaus verlesen werden. Banffy ist gestern nach Budapest zurückgereist, wo heute ein Ministerrath stattfinden wird.

Wien, 6. Mai. Dem gestrigen großen Hofempfang wohnten Kalnoky, Kallay, Krieghammer und die übrigen Minister außer Banffy bei, welcher sein Nichterscheinen entschuldigte, weil er seine Gala-Uniform nicht mitgenommen, ferner Agliardi und das Diplomaten-Korps. Der Kaiser zeichnete unter anderen Agliardi und Kalnoky durch Ansprachen aus.

Madrid, 6. Mai. Der gestern stattgehabte Ministerrath hat sich mit dem Frieden von Simonoseki beschäftigt. Ein definitiver Beschluß ist nicht gefaßt worden, jedoch erwartet man in den nächsten Tagen den Beitritt Spaniens zu dem Bunde der protektirenden Mächte. (?)

Madrid, 6. Mai. Auf Grund der letzten amtlichen Meldungen aus Kuba nimmt man hier an, daß der kubanische Aufstand seinem Ende entgegen gehe. Marshall Martinez Campos erklärte in einem Telegramm, der baldige Sieg über die Rebellen sei sicher.

Genf, 6. Mai. Der Naturforscher Karl Vogt ist gestern Nachmittag hier gestorben.

Genf, 6. Mai. Gestern hat hier ein großer Umzug sozialistischer Arbeiter stattgefunden, an dem etwa 6000 Personen theilnahmen. Ein mit Blumen geschmückter Wagen, der das sozialistische Ideal darstellte, wurde mit großem Beifall begrüßt.

Antwerpen, 6. Mai. Hier fand gestern ebenfalls ein großer Umzug von Sozialisten statt, an welchem sich gegen 3000 Personen betheiligten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Newyork, 6. Mai. [Reutermeldung.] Nach einem Telegramm aus Managua von heute hat das englische Geschwader mit Ausnahme des Schiffes „Royal Arthur“ Korinto verlassen. Alle centralamerikanischen und mehrere südamerikanischen Staaten haben in einem Telegramm den Präsidenten Zelaya eine kommerzielle Union gegen englische Waaren und Schiffe angeregt und vorgeschlagen, daß die von England geforderte Entschädigung innerhalb 14 Tagen in London unter Protest gezahlt und im Uebrigen das Ultimatum Englands einem Schiedsgericht unterbreitet werde.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

im Mai 1895.				
Datum	Barometer auf 0	Wind.	Wetter.	Temp.
Stunde.	Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe			i. Cel.
4. Nachm. 2	764,4	SW frisch	halb heiter	+18,1
4. Abends 9	765,3	NO schwach	zieml. heiter	+13,1
5. Morgs. 7	766,0	O mäßig	wolkenlos	+11,8
5. Nachm. 2	766,7	O mäßig	zieml. heiter	+19,3
5. Abends 9	766,6	O schwach	better	+14,0
6. Morgs. 7	768,3	O frisch	better	+11,6
Am 4.	Mai Wärme-Maximum + 18,6°			Cel.
Am 4.	Wärme-Minimum + 5,9°			
Am 5.	Wärme-Maximum + 20,3°			
Am 5.	Wärme-Minimum + 8,1°			

Produkten- und Börsenberichte.

Breslau, 4. Mai. (Schlußrte.) Sich befestigend. Neue Spross. Reichsanleihe 98,10 3/4 Proz. L.-Banbr. 101,70, Konjol. Türken 25,60, Türt. Boole 142,00, Aproz. ung. Goldrente

4. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. Mai 1895. — 13. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

122 90 393 411 50 77 536 77 88 92 629 841 1295 405 21 645 768
921 2152 214 321 59 445 (1500) 88 96 514 703 3123 60 281 301 417
422 629 650 815 913 1057 616 724 33 43 840 55 88 95 5103 11
13 375 88 501 744 (300) 840 88 6032 218 51 399 548 58 777 891 970
71 7048 229 82 333 453 94 573 82 864 (500) 90 8238 90 388 405 29
697 916 916 217 34 327 34 742 884
10090 (3000) 133 63 89 238 79 426 88 504 699 715 (500) 861
11010 76 81 143 (500) 240 73 84 508 31 33 39 50 780 974 (500) 12173
233 420 (10000) 39 574 643 719 30 43 805 67 962 13126 429 (500) 634
63 715 31 902 28 58 84 14044 110 12 218 320 57 78 91 459 (3000) 558
(1500) 87 684 93 895 990 15027 188 287 351 543 623 766 16188 241
73 809 (500) 427 (1500) 599 603 81 830 54 17102 241 (300) 357 592
915 38 61 18122 51 843 96 657 682 837 925 19199 204 86 577 793 998
20312 79 587 (300) 651 75 778 889 21008 11 (500) 147 285 525
85 99 727 22072 75 104 18 46 557 655 (3000) 59 911 23138 822 933
66 24013 121 56 259 88 386 539 79 618 801 (300) 25059 67 294 (300)
460 556 707 68 884 (300) 26042 73 405 55 515 24 73 620 88 730 50
815 906 12 27051 182 204 8 323 50 454 (300) 543 98 635 808 500
28189 343 (300) 594 606 64 732 47 94 921 26 29101 396 (300) 467
509 770 98 867 72
30088 222 306 504 13 670 734 65 78 905 56 86 31061 (300) 357
73 (1500) 466 538 685 747 77 902 32073 297 412 28 40 590 729
33106 (1500) 38 (500) 234 303 50 705 (3000) 6 904 (3000) 35 68
34135 307 443 (300) 530 80 752 919 35031 121 204 31 88 388 407
99 747 52 810 36 950 61 36030 32 75 196 408 508 638 962 86
37010 81 156 337 48 461 64 562 651 776 849 912 56 33023 206 359
78 654 74 995 986 39085 186 402 46 (500) 513 613 22 74 817
140320 799 14037 56 180 (3000) 475 89 (500) 513 34 783 884 939
42419 (300) 26 554 701 890 97 950 43140 54 402 687 859 960 (300)
92 (500) 41042 78 120 95 304 10 59 98 574 77 778 896 962 15021
86 87 209 95 470 705 (500) 934 14008 53 201 91 300 447 539 98 651
89 768 816 41 74 974 82 47024 56 160 221 76 (1500) 408 (500) 9 605
45 73 83 830 98 978 48187 236 327 406 31 78 564 625 72 708 (300)
841 69 85 49076 127 288 93 (500) 441 620 881 94 964
50383 426 (500) 610 56 801 915 60 51078 192 203 92325 744 (500)
84 803 56 52120 230 321 55 925 53 53034 120 229 59 80 81 336 65
421 622 34 59 719 (500) 849 54024 207 431 (1500) 62 69 70 570 746
820 55347 785 94 835 966 89 (3000) 56097 139 290 620 879 966
57148 (1500) 207 13 67 341 415 33 42 976 86 58025 26 58 109
25 (3000) 32 211 (300) 27 479 575 728 59158 237 59 75 395 507 35 917
60143 (500) 296 301 18 416 22 51 534 702 96 925 31 61018 45
68 253 94 372 95 538 605 62127 76 80 348 740 819 72 948 63143
65 821 (300) 628 64137 (1500) 355 488 690 899 65087 93 223 89
345 413 523 797 (300) 66082 87 110 389 (3000) 436 590 654 67003
82 108 18 55 458 (300) 577 87 98 637 59 96 764 906 21 68053 86
142 286 87 431 584 601 67 720 73 815 (5000) 65 988 69095 (300) 206
11 39 346 79 (1500) 410 595 664 916
70078 132 66 288 311 447 98 540 617 711 35 891 71018 44 153
72 77 212 60 77 871 986 72055 72 1012 229 634 708 978 (300)
73113 254 77 302 461 66 645 704 33 74013 189 241 42 689 741 61 67
824 937 75041 104 217 376 183 641 772 840 76227 342 66 (300) 503
637 700 1 31 52 (300) 83 (300) 979 97 77056 77 198 435 786 78057
139 210 30 (1500) 37 329 471 73 (500) 645 797 895 947 79129 219 365
488 581 637 77 946
80203 327 30 464 513 633 61 (500) 705 58 832 98 81187 441
98 988 835 82 83 84063 231 433 512 38 665 881 914 64 (300) 85039
48 64 141 432 525 41 45 726 803 946 86040 215 (500) 379 415 (300)
648 724 843 46 87055 217 415 40 925 48 51 88285 89003 50 101
242 694 99 752 (300) 975
90164 221 345 493 91172 202 90 (3000) 324 413 522 62 79 622
780 832 977 92085 161 499 521 798 902 11 958 75 76 93021 88 176
83 806 14 77 934 55 74 95037 223 91 330 (1500) 97 415 72 981
96034 332 72 60 (300) 98 832 97049 68 (500) 76 223 35 334 (10000)
61 547 (300) 70 644 56 (500) 87 985 97 98043 192 471 513 70 (300)
654 953 99128 553 704 917
100478 564 607 87 760 86 101012 221 867 73 697 873 102095
310 61 479 94 520 621 722 77 103065 (1500) 87 (500) 100 460 500
741 62 823 58 940 104157 473 96 97 877 900 63 (1500) 105032 220
81 524 87 613 60 (300) 968 106123 419 550 55 774 76 97 800 (300)
963 96 107071 90 467 74 839 108007 342 407 51 83 596 750 840
74 (1500) 95 995 109148 299 334 53 72 97 544 81 855 80 (500)

